

ANGELIKA TIMM

Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus zweites “Kabinett der Falken”

Am 31. März 2009 wurde in Jerusalem die 32. Regierung Israels vereidigt. 69 der 120 Knessetmitglieder votierten für das von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geführte Kabinett; 45 Abgeordnete stimmten dagegen; fünf Parlamentarier enthielten sich der Stimme; Ahmed Tibi von der Vereinigten Arabischen Liste blieb der Abstimmung fern. Die neue Koalitionsregierung ist mit 30 Ministern die größte in der Geschichte des Landes.

1. Innenpolitischer Rahmen

Die Regierungsbildung basiert auf den Ergebnissen der vorgezogenen Knessetwahlen vom 10. Februar 2009, die 12 Parteien in das israelische Parlament brachten. Das Votum bestätigte – unmittelbar nach dem Gaza-Feldzug und in einer nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre – den generellen Rechtstrend. Es schuf einen starken konservativ-nationalistischen bzw. ultraorthodox-religiösen Rechtsblock; die Parteien im Zentrum und am linken Rand des politischen Spektrums wurden deutlich geschwächt.

Tabelle 1: Zusammensetzung der 18. Knesset

Fraktion	Charakterisierung	Sitze
Rechtsnationales Lager:		
Likud („Einigung“)	Konservativ-nationalistische Rechtspartei	27
Jisrael Beiteinu („Israel – Unser Heim“)	Rechts-nationalistische Partei	15
Ichud Le’umi („Nationale Union“)	Religiös-nationalistische Siedlerpartei	4
Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“)	Abspaltung von Ichud Le’umi, ehemals Nationalreligiöse Partei	3
Zentrum:		
Kadimah („Vorán!“)	2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumspartei, der vor allem Mitglieder des Likud und der Arbeitspartei beitraten	28
Mifleget ha-Avodah (Arbeitspartei)	Israelische Sozialdemokratie	13
Religiös-ultraorthodoxe Parteien:		
Schas (Sephardische Thora-Wächter)	Religiös-ultraorthodoxe Partei, vorwiegend orientalischer Juden	11
Vereinigtes Thora-Judentum (VTJ)	Religiös-ultraorthodoxe Partei aschkenasischer Juden	5
Parteien mit mehrheitlich arabischen Mitgliedern:		
Vereinigte Arabische Liste	Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und von Ahmed Tibi geführter Ta’al	4
Chadasch (Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit)	Von Kommunistischer Partei Israels geführtes Bündnis mit überwiegend arabischer Mitgliedschaft	4
Balad (National-Demokratischer Bund)	Arabisch-nationale Partei	3
Zionistische Linke:		
Ha-Tnuah Ha-Chadaschah Merez (“Die neue Bewegung Merez”)	Zionistische Linkspartei; politische und ideelle Wurzeln v. a. in sozialistischer Mapam und Bürgerrechtsbewegung Raz	3

Dem Grundgesetz über die Regierung bzw. dem Wahlrecht folgend beauftragte der Staatspräsident den Kandidaten mit der Kabinettsbildung, dem die größten Chancen zugebilligt wurden, eine Regierung zu formen. Obwohl die Kadimah-Partei unter Zipi Livni stärkste Fraktion geblieben war, erteilte Schimon Peres somit dem Likud-Vorsitzenden Benjamin Netanjahu am 20. Februar den Auftrag zur Regierungsbildung. Nach vier Wochen intensiver Koalitionsverhandlungen erbat dieser einen Aufschub von zwei Wochen. Kurz vor Ablauf dieser Frist konnte er Ende März sein Kabinett vorstellen.

2. Koalitionsverhandlungen: Rechtskabinett versus „Regierung der nationalen Einheit“

Das Wahlergebnis hatte den Spielraum für die Regierungsbildung extrem eingeengt. Als realistische Optionen kamen letztlich nur ein Kabinett, das sich aus dem rechten Lager und den religiösen Parteien rekrutierte, oder eine „Regierung der nationalen Einheit“, d. h. eine große Koalition unter Einbeziehung von Kadimah und/oder Arbeitspartei, in Frage.

Netanjahu begann am 22. Februar zunächst Koalitionsverhandlungen mit Kadimah. Die Parteivorsitzende Zipi Livni, ursprünglich demselben politischen Lager wie Netanjahu angehörend, hatte nach der Spaltung des Likud (Dezember 2005) in der Partei Ariel Scharons versucht, in politischen und sozialen Fragen einige neue Akzente zu setzen. Die selbstbewusste Politikerin, deren Partei am 10. Februar ein Mandat mehr als der Likud errungen hatte, bot Netanjahu zwei Varianten für eine Einheitsregierung an: Eintritt von Kadimah und Avodah in die Koalition (beide Parteien hätten zusammen mit 41 Abgeordneten ein Gegengewicht zum Rechtsblock von Likud und Jisrael Beitenu bilden und auch die religiösen Parteien neutralisieren können) oder ein Rotationssystem, wonach Likud und Kadimah jeweils 27 Monate den Ministerpräsidenten stellen würden. Livni forderte eine „wahre Partnerschaft in Management, inhaltlicher Abstimmung und Entscheidungsfindung während der gesamten Legislaturperiode“; als Außenministerin wolle sie volle diplomatische Handlungsfreiheit hinsichtlich der Gespräche mit den Palästinensern über eine Zwei-staatenlösung und damit für die Fortsetzung des Annapolis-Prozesses zugesichert bekommen. Netanjahu, nicht gewillt, auf die Unterstützung des rechten Lagers zu verzichten, zeigte sich jedoch kaum kompromissbereit. Trotz massiven Drucks aus ihrer Partei entschied sich Frau Livni daher letztlich für die Rolle der Oppositionsführerin. Sie erklärte: „Netanjahu möchte, dass wir seine Regierung stabilisieren. [...] Ich jedoch bin nicht dazu da, ihn vor sich selbst und seinen Partnern zu retten.“

Das erste Koalitionsabkommen erreichte Netanjahu Mitte März mit Jisrael Beitenu, der drittgrößten Parlamentsfraktion. Interessenkonflikte zwischen ihm und Avigdor Lieberman ergaben sich vorwiegend in der Haltung zu den religiösen Parteien. Die säkularen Wahlkampforderungen von Jisrael Beitenu, wonach Erleichterungen bei Übertritten zum Judentum und zivile Eheschließungen rechtlich fixiert werden sollten, standen in eklatantem Widerspruch zu den religiös-orthodoxen Positionen der potenziellen Koalitionspartner Schas und VTJ. Aber auch Befürchtungen in den USA und in anderen israelischen Partnerstaaten, eine Koalition, in der der ultranationalistische Populist Lieberman vertreten sei, werde dem israelischen Ansehen in der Welt und den amerikanischen Interessen in der Region schaden, behinderten eine schnelle Einigung. Ein ernsthaftes Problem stellten nicht zuletzt die unmittelbar vor den Knessetwahlen gegen den Parteiführer eingeleiteten polizeilichen Untersuchungen wegen Bestechung, Fälschung von Dokumenten, Betrug und Geldwäsche dar.

Um die für das Zustandekommen einer rechten Regierung erforderlichen Stimmen der ultraorthodoxen Parteien nicht zu gefährden, verzichtete Lieberman letztendlich auf seine Forderung, das Verhältnis von Staat und Religion neu zu bestimmen. Verbal zeigte er sich auch in der Palästinenserfrage kompromissbereit. Mit Blick auf Kadimah und Avodah erklärte er, die Zwei-Staaten-Lösung anerkennen zu wollen und Siedlungen im Interesse des Friedens räumen zu lassen. Er sei sogar bereit, aus seinem Haus in der Westbank-Siedlung Nokdim auszuziehen. Im Mittelpunkt der ausgehandelten Eckpunkte gemeinsamen außenpolitischen Agierens standen, neben der Ernennung Avigdor Liebermans zum stellvertretenden Premier und Außenminister, der „Sturz des Hamas-Regimes im Gaza-Streifen“, die „Verhinderung von Verhandlungen mit terroristischen Organisationen oder Elementen“ und die „Abwendung der nuklearen Bewaffnung Irans“.

Die ultraorthodoxe sephardische Schas-Partei und das Vereinigte Thora-Judentum konnte Netanjahu mit umfangreichen finanziellen Zusagen in sein Kabinett locken. Das am 23. März unterzeichnete Koalitionsabkommen mit Schas sah u. a. vier Ministerposten, die deutliche Erhöhung von Kindergeld während der kommenden drei Jahre (1,4 Mrd. NIS), eine Milliarde NIS Zuwendungen für Talmudschulen (Jeschivot) und 130 Mill. NIS für weitere Bildungsaktivitäten im ultraorthodoxen Bildungssektor vor. Ein Novum stellte die Zusage dar, einen eigenen Minister für ultraorthodoxe Bildungseinrichtungen zu ernennen. Um ein Zusammengehen von Schas und Jisrael Beitenu zu ermöglichen, wurden zivile Eheschließungen nur für „Nichtjuden“, nicht jedoch für jüdische Staatsbürger Israels anvisiert.

Veröffentlichungen der Medien, wonach der Führer der Arbeitspartei, Ehud Barak, bereits geheime Koaliti-

onsverhandlungen mit Benjamin Netanjahu führe, ohne dazu durch die Parteigremien legitimiert zu sein, stießen in den Reihen der Sozialdemokratie und bei deren Wählern auf Unverständnis, Widerspruch und Protest. Die Position der innerparteilichen Opposition, der auch sieben Knessetmitglieder (Scheli Jachimowitsch, Eitan Kabel, Ofir Pines-Pas, Amir Perez, Daniel Ben-Simon, Avischai Braverman und Juli Tamir) angehörten, die Partei müsse zumindest für die nächste Legislaturperiode aus der Opposition heraus agieren, um sich nach dem Wahldebakel zu konsolidieren, fand jedoch keine Mehrheit. Das Avodah-Zentralkomitee gab am 24. März per Mehrheitsvotum (680:507 Stimmen) den Parteirechten und damit Ehud Barak grünes Licht, in die Regierung Netanjahu einzutreten. Mit dem designierten Premier vereinbarte Barak, dass der Arbeitspartei fünf Ministerposten zugesprochen würden, darunter das Portefeuille des Verteidigungsministers, und die neue Regierung Entwicklungsvorhaben im arabischen und drusischen Bevölkerungssektor bzw. für landwirtschaftliche Siedlungen (Moschavim) unterstützen werde.

In den Koalitionsgesprächen wurde offenkundig, dass persönliche Interessen, insbesondere Barak's Ambitionen, weiterhin den Posten des Verteidigungsministers zu bekleiden, gegenüber Erwägungen, die Avodah aus der Krise herauszuführen, dominierten. Ohne politische Kosmetik war die Mehrheitsentscheidung des Zentralkomitees dennoch nicht zu erlangen. Gewerkschaftsführer Ofer Eini begründete seine Unterstützung für den Eintritt der Partei in die neue Regierung z. B. damit, dass es „eine wirtschaftliche Katastrophe“ gäbe, sollte es nicht gelingen, „unsere Kräfte zu bündeln und eine stabile Regierung zu bilden“. Die Sozialdemokratie müsse zudem den Schutz der Senioren und die Rentenfonds sichern und ein Programm zur Unterstützung von Firmen, die sich in der Krise befänden, entwickeln. Die Arbeitspartei, die im Verlauf der letzten 17 Jahre 31 Knessetsitze verlor, befindet sich, so urteilen israelische Politologen, am Tiefpunkt ihrer Entwicklung. Durch den Eintritt in das rechte Netanjahu-Lieberman-Kabinett dürfte ihr Ansehen weiter schwinden. Mittelfristig ist eine Spaltung nicht auszuschließen.

Obwohl Netanjahu durch die Vereinbarungen mit Jisrael Beitenu, Schas und Avodah über eine regierungsfähige Mehrheit verfügte, verhandelte er auch mit den beiden religiös-nationalistischen Siedlerparteien Ha-Ichud Ha-Le'umi und Ha-Bajit Ha-Le'umi. Die Gespräche mit Ha-Ichud Ha-Le'umi blieben erfolglos. Offensichtlich gingen die Forderungen der auf Rechtsaußen-Positionen beharrenden Partei, die Siedlungstätigkeit in der Westbank ungebremst fortzusetzen und eine Vielzahl der „illegalen Vorposten“ als rechtmäßig anzuerkennen, selbst Netanjahu bzw. dessen Sicht auf internationale Reaktionen zu weit. Knessetmitglied Michael Ben-Ari, Vertreter des rechtsextremistisch-nationalistischen Flügels der Par-

tei, machte zudem aus seinen rassistischen Ansichten kein Hehl. Offen outete er sich als Anhänger der 1994 verbotenen Kach-Partei.

Die direkte Nachfolgerin der Nationalreligiösen Partei, Ha-Bajit Ha-Jehudi, in ihrer Haltung zu den Palästinensern und der israelischen Siedlungspolitik ebenfalls auf Hardliner-Positionen beharrend, fand dagegen Aufnahme in die Regierungskoalition. Ihre Haltung, weder die Schaffung eines palästinensischen Staates noch Abzugspläne bezüglich des Golan zu unterstützen bzw. ihre Politik, Verhandlungen über den Status von Jerusalem abzublocken, findet sich zwar nicht in der Regierungserklärung, stimmt prinzipiell jedoch mit Kerngedanken der Likudideologie überein.

Insgesamt bestimmten weniger inhaltliche Fragen als viel mehr das Gerangel um Ministerposten bzw. Forderungen nach finanziellen Zuwendungen die Koalitionsverhandlungen. Die linksliberale Tageszeitung Haaretz titelte ihren Leitartikel am 25. März 2009 treffend mit „Kauf einer Koalition“.

3. Rechtskabinett mit Feigenblatt

Die am 31. März 2009 der Öffentlichkeit vorgestellte 32. Regierung Israels umfasst 30 Minister und weitere sieben stellvertretende Minister. Im Kabinett vertreten sind Likud mit 15, Jisrael Beitenu mit 5, Schas mit 4 und die Arbeitspartei mit 4 Ministern sowie Ha-Bajit Ha-Jehudi mit einem Minister; hinzu kommt ein nichtparteigebundenes Kabinettsmitglied - Jaakov Neeman (Zusammensetzung der Regierung und Zuordnung der Ministerien vgl. Tabelle 2). Die nicht nur für Israel ungewöhnlich hohe Zahl der Kabinettsposten resultiert eindeutig aus der komplizierten Koalitionsarithmetik und den Begehrlichkeiten der politischen Partner Netanjahus. Nachdem die wichtigsten Ministerposten besetzt waren, stellte sich heraus, dass mehrere führende Likud-Politiker – die innerparteiliche Klientel Netanjahus - ohne Amt geblieben waren. Als Korrektiv wurden ohne Rücksicht auf die professionelle Zusammensetzung des Kabinetts daraufhin neue Ministerposten kreiert. Sarkastisch urteilte Haaretz am 1. April: „Wenn Koalitionsüberlegungen die einzigen Kriterien für das Zustandekommen einer Regierung werden, sind das Ergebnis ein Finanzminister ohne fachliche Qualifikation, ein Außenminister, der im Ausland gemieden wird, ein Verteidigungsminister, der in diesem Job versagt hat, ein Bildungsminister ohne Erfahrung auf diesem Gebiet, ein Gesundheitsministerium ohne Minister und eine lange Liste dubioser Minister und sinnloser Ministerien.“

Bedeutsam für das Agieren der Regierung dürfte vor allem das Zusammenspiel von Ministerpräsident, Außenminister und Verteidigungsminister werden. Netanjahu bekleidet nicht nur das Amt des Premiers,

sondern zugleich drei weitere Ministerposten – die Portefeuilles für Wirtschaftsstrategie, Rentenangelegenheiten und Gesundheitswesen. Zu Vizepremiers ernannte er die Likud-Politiker Silvan Schalom und Mosche Jaalon; als stellvertretende Ministerpräsidenten wurden Dan Meridor (Likud) und die Parteivorsitzenden Avigdor Lieberman (Jisrael Beitenu), Ehud Barak (Arbeitspartei) und Eljahu Jishai (Schas) berufen. Neuer Knessetsprecher ist Re’uven Rivlin (Likud).

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu („Bibi“) wurde 1949 in Tel Aviv geboren, wuchs jedoch in den USA auf und studierte dort Architektur, Management und Politische Wissenschaften. Im Dezember 2005 wählte ihn der Likud, nach Spaltung der Partei, zu seinem Vorsitzenden. Von 1996 bis Mai 1999 amtierte er als israelischer Ministerpräsident, bekleidete 2002 bis 2003 das Amt des Außenministers und 2003 bis 2005 das Ressort des Finanzministers. Netanjahu gilt als „Hardliner“. Er sprach sich wiederholt gegen die Oslo-Vereinbarungen mit der PLO aus und hatte während seiner ersten Amtszeit als Ministerpräsident nicht geringen Anteil an deren Scheitern. Die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels lehnt er strikt ab. Als Finanzminister im Kabinett Sharon trug Netanjahu maßgeblich zur Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftskurses bei, der die Arm-Reich-Klüfte in der israelischen Gesellschaft wesentlich vertiefte. 2005 trat er aus Protest gegen den Plan der Regierung, den Gaza-Streifen zu räumen, von seinem Posten zurück.

Außenminister Avigdor Lieberman, eine der schillerndsten Figuren in der israelischen Politik, wurde 1958 in Moldawien geboren. 1978 aus der damaligen Sowjetunion nach Israel eingewandert, war er 1996/97 Generaldirektor des Likud und Kanzleichef des damaligen Ministerpräsidenten Netanjahu. 1999 zog er an der Spitze der von ihm gerade gegründeten Partei Jisrael Beitenu erstmals in die Knesset ein. Der als Rechtspopulist perzipierte Politiker gilt als prononciert antiarabisch und antireligiös. Während der Wahlkampagne 2009 sorgte er insbesondere mit seiner Forderung „Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“ für Aufmerksamkeit in den nationalen und internationalen Medien. Israelische Journalisten zeichnen ihn einerseits als „verbalen Rowdy“ und „extremen Rassisten“, d. h. „als Bruder im Geiste des französischen Jean-Marie Le Pen oder des österreichischen Jörg Haider“. Andererseits sehen sie in ihm jedoch auch den Pragmatiker, der durchaus zu politischer Kosmetik bereit sein könnte, sollte das im Interesse seines politischen Überlebens bzw. für die Ausfüllung der Außenministerfunktion erforderlich sein.

Verteidigungsminister Ehud Barak, Jahrgang 1942, entstammt einer israelischen Kibbuzfamilie. Er widmete 35 Jahre seiner beruflichen Karriere der Armee und diente sowohl als Generalstabschef als auch als Verteidigungsminister. 1999 zum Ministerpräsidenten gewählt,

verantwortete er den Rückzug der ZAHAL aus Libanon (2000); in seine Amtszeit fallen das – freilich nicht nur ihm anzulastende - Scheitern der israelisch-palästinensischen Verhandlungen von Camp David und Taba 2000/01, der Ausbruch der zweiten Intifada und der brutale Gaza-Feldzug (2008/09). Barak gilt weniger als Politiker traditionellen sozialdemokratischen Zuschnitts, sondern vielmehr als machtbewusster ambitionierter Militär. Innerparteiliche Kritiker unterstellen ihm nur bedingte Führungsqualitäten und zu geringes Verantwortungsgefühl für die Partei, an deren Spitze er steht.

4. Leitlinien künftiger Regierungspolitik

Der neue israelische Ministerpräsident stellte in der Knesset am 31. März – unmittelbar vor seiner Vereidigung – die Richtlinien des Kabinetts vor. Sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch der Sicherheit stehe Israel vor neuen Herausforderungen. Angesichts der weltweiten Krise, die beide Bereiche erfasst habe, bitte er um Vertrauen für seine Regierung.

Als wichtigste Ziele auf innenpolitischem Gebiet benannte Netanjahu dementsprechend die Begegnung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die Schaffung von Voraussetzungen für ein effektives Wirtschaftswachstum und die Verringerung gesellschaftlicher Klüfte bzw. die Bekämpfung der Armut. Die Regierung werde darüber hinaus die jüdische Einwanderung nach Israel forcieren, die Bildung auf die nationale Prioritätenliste setzen und den „jüdischen Charakter“ des Staates stärken. Einen neuen Akzent setzte Netanjahu mit der stärkeren Beachtung der Umweltproblematik bzw. mit der Absichtserklärung, Israel werde sich „am globalen Kampf auf den Gebieten des Klimawandels und der Umwelt“ beteiligen.

Im Mittelpunkt des außenpolitischen Teils der Regierungsagenda stand die von Iran ausgehende Bedrohung. Das Kabinett, so Netanjahu, werde alles tun, um zu verhindern, dass der Iran zur Nuklearmacht werde. Den „radikalen Islam“ bezeichnete er als Quelle internationaler und nationaler Gefährdung. Die Verhandlungen mit den Palästinensern wolle er fortsetzen und nach einem umfassenden Frieden mit der arabischen Welt streben. Das Nahost-Quartett, die durch die USA und die Europäische Union vertretene „Zwei-Staaten-Lösung“ oder Verhandlungen mit Syrien kamen in der Regierungserklärung nicht vor. Stattdessen forderte Netanjahu die Palästinenser auf, den Terror zu bekämpfen und Schritte zum Abbau von Feindbildern einzuleiten. Er bot parallele Verhandlungen auf drei Ebenen an – Wirtschaft, Sicherheit und Diplomatie.

Anders als Netanjahu hielt sich der neue Außenminister

in seiner Antrittsrede nicht lange mit höflichen Floskeln auf. In harschen Worten unterstrich er, dass sich Israel nicht mehr den Grundsätzen von Annapolis, d. h. einer Zwei-Staaten-Lösung, verpflichtet fühle. „Jeder der glaubt, durch Verzicht sei der Frieden zu erreichen, irrt sich.“ Verzicht würde nur weiteren Druck und neue Kriege bewirken. International sehen sich Politiker wie Publizisten somit in ihrer Einschätzung Liebermans als rassistischem „hardliner“ und Rechtspopulisten bestätigt.

5. Politikfähigkeit, Stabilität und Handlungsspielräume des Netanjahu-Kabinetts

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und die Etablierung der neuen Regierung wurden in der israelischen Öffentlichkeit mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einer am 1. April von Haaretz veröffentlichten Umfrage zufolge sind nur 30 Prozent der israelischen Bürger – trotz anders lautender Wahlscheidung - mit der neuen Regierung einverstanden. 54% erklären, sie seien unzufrieden; 16% sind zu keiner Aussage bereit. Nicht wenige Israelis hatten offensichtlich auf eine Einheitsregierung gesetzt. Vielen gilt das neue Kabinett als zu wenig professionell, als ineffizient und ob seiner Größe als zu kostspielig. Die Mehrheit der Avodah-Wähler erklärt, sie würde sich künftig für eine andere Partei entscheiden. Dennoch werden die Handlungsspielräume der Regierung nicht primär durch die öffentliche Meinung bestimmt. Von größerer Bedeutung auf innenpolitischem Terrain dürften das Agieren der Opposition und zivilgesellschaftlicher Organisationen sein, die Druck auf die Regierung auszuüben suchen. In außenpolitischer Hinsicht wird das Kabinett Netanjahu in seinen Entscheidungen die Haltung der US-Administration, der Europäischen Union und der UNO berücksichtigen müssen.

Jede israelische Regierung – auch die neue Netanjahu-Lieberman-Barak-Koalition – steht, jenseits machtpolitischer Erwägungen, in der Pflicht, nationale Interessen wahrzunehmen bzw. zu verteidigen. Daran muss sie sich messen lassen. Wohlverstandenes israelisches Sicherheitsinteresse indessen erfordert apodiktisch die Abwehr der Atomgefahr aus dem Iran, den Ausgleich mit Syrien, Entspannung im Verhältnis zu den Palästinensern und die Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten. Die Nutzung der neuen Elemente und Chancen im regionalen und internationalen Umfeld – der Nahoststrategien der Obama-Administration, der EU und moderater arabischer Staaten - sind dafür unumgänglich; ihre Missachtung bzw. ein Konfrontationskurs gegenüber den USA, den Westeuropäern oder den Arabern, insbesondere auch aben-

teuerliche militärische Einzelgänge, dürften sich kurz- und mittelfristig gegen Israel richten. Eine weitere internationale Isolierung seines Landes kann Netanjahu nicht anstreben. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich die bisher durch Militanz auszeichnenden Kabinettsmitglieder – Avigdor Lieberman etwa oder der Vertreter von Ha-Bajit Ha-Jehudi – in ihren außenpolitischen Erwägungen und Äußerungen dem Pragmatiker Benjamin Netanjahu unterordnen, sollten sie am Fortbestand der Koalition interessiert sein. Zu erwarten sind vor diesem Hintergrund kosmetische Veränderungen im politischen Vokabular. Nicht auszuschließen bleibt das Ausscheiden einzelner Politiker bzw. Fraktionen aus der Regierung. Einige israelische Politologen verweisen darauf, dass Fortschritte im israelisch-arabischen Beziehungsgeflecht nahezu immer von Rechtspolitikern ausgingen – z. B. von Begin (1977) oder Scharon (2005). Prinzip Hoffnung?

Die Stabilität und Entscheidungskraft der Exekutive muss sich gleichermaßen in der Innenpolitik erweisen. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Israel möglicherweise noch nicht voll erreicht. Welche Schritte effektiv sind, ihre negativen Auswirkungen aufzufangen bzw. zu minimieren, dürfte in Kabinett und Gesellschaft zu heftigen Kontroversen führen und in permanente Zerreißproben für die Regierung münden. Zu den vor dem Parlament und der Regierung stehenden Aufgaben gehören zudem brisante Fragen, die sich auf die Reformierung der israelischen Gesellschaft richten – Veränderungen des Wahlsystems, Einführung einer Zivilgesetzgebung in Personenstandsfragen sowie die Erarbeitung eines konsensfähigen Wertekanons (Verfassung). Nicht zuletzt auf diesen Politikfeldern dürfte sich die Regierung ob ihrer gegensätzlichen Komponenten als höchst fragil erweisen. Ob Netanjahu zum Beispiel die einander diametral entgegen stehenden Positionen von Schas und Jisrael Beiteanu bzw. die anderen Konfliktpotenziale seiner Koalitionsregierung ausgleichen kann, werden die nächsten Monate und Jahre zeigen.

Als geschickter Schachzug dürfte sich für den neuen Premier die Einbeziehung Baraks bzw. von Teilen der Avodah in die Regierungskoalition erweisen. Sie schützt ihn zumindest vor einseitigen Erpressungsversuchen seitens seines Außenministers oder der Ultraorthodoxie. Von „idealer mittlerer Position“ aus kann Netanjahu „die Faschisten auf der Rechten gegen die Sozialisten auf der Linken, Liebermans Säkulare gegen die Orthodoxen der Schas“ (Uri Avnery) gegeneinander ausspielen. Israeli-sche Journalisten, im Bestreben, das Wesen der neuen Koalition zu erfassen bzw. zu umschreiben, rätseln darüber, ob es sich bei der neuen Exekutive somit primär um eine Regierung „Biberman“ (Bibi Netanjahu/Avigdor Lieberman) oder ein Kabinett „Bibarak“ (Bibi N./Ehud Barak) handle; Uri Avnery spricht – wohl zu Recht – von der Regierung „Bibijahu“.

Trotz der Geburtsfehler, der politischen Widersprüchlichkeit und der gegensätzlichen Ministerprofile ist nicht zu erwarten, dass in Jahresfrist bereits wieder Neuwahlen anstehen. Zu sehr sind die neu gewählten Parlamentarier daran interessiert, sich an den soeben eroberten „Fleischtöpfen“ festzuklammern. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, dass sich die Zusammensetzung der Regierung in absehbarer Zeit ändern könnte. Die Weigerung Zipi Livnis, der Regierung Benjamin Netanjahu beizutreten, ist nicht prinzipieller Natur. Sollten Koalitionspartner (z. B. Jisrael Beitenu, Ha-Bajit Ha-Jehudi oder die Ultraorthodoxen) aus dem Kabinett

ausscheiden oder sollte sich ein „nationaler Notstand“ abzeichnen, könnte sich die an der Machtteilhabe interessierte Kadimah erneut als Partner anbieten bzw. Netanjahu um sie werben.

Für Fortschritte im nahöstlichen Entspannungsprozess oder für den Ausgleich innergesellschaftlicher Widersprüche dürfte sich das neue „Kabinett der Falken“ als wenig förderlich erweisen. Es sei jedoch – wie jede andere Regierung auch – an den künftigen Taten gemessen und nicht allein an möglicherweise kurzlebigen bzw. populistischen verbalen Statements.

Tel Aviv, 2. April 2009

Tabelle 2: 32. Regierung Israels (31.3.2009)

Name	Partei	Portefeuille
Benjamin Netanjahu	Likud	Premierminister, Minister für Wirtschaftsstrategie, Minister für Rentenangelegenheiten, Gesundheitsminister
Silvan Schalom	Likud	Vizepremier, Minister für regionale Entwicklung
Mosche Jaalon	Likud	Vizepremier, Minister für strategische Angelegenheiten
Ehud Barak	Arbeitspartei	Stellv. Ministerpräsident, Verteidigungsminister
Avigdor Lieberman	Jisrael Beitenu	Stellv. Ministerpräsident, Außenminister
Dan Meridor	Likud	Stellv. Ministerpräsident, Minister für Aufklärung und Atomenergie
Elijahu Jischai	Schas	Stellv. Ministerpräsident, Innenminister
Jizchak Aharonovitsch	Jisrael Beitenu	Minister für öffentliche Sicherheit
Ariel Atias	Schas	Minister für Wohnungsbau und Bauwesen
Zeev Benjamin Begin	Likud	Minister ohne Portefeuille
Benjamin Ben-Elieser	Arbeitspartei	Minister für Industrie, Handel und Arbeit
Avischai Braverman	Arbeitspartei	Minister für die Angelegenheiten von Minderheiten
Juli Edelstein	Likud	Minister für Information und Diaspora-Angelegenheiten
Michael Eitan	Likud	Minister für die Verbesserung von staatlichen Dienstleistungen
Gilad Erdan	Likud	Minister für Umweltschutz
Daniel Herschkowitz	Ha-Bajit Ha-Jehudi	Minister für Wissenschaft und Technologie
Isaak Herzog	Arbeitspartei	Minister für Wohlfahrt und soziale Angelegenheiten
Mosche Kahlon	Likud	Minister für Kommunikation
Jisrael Katz	Likud	Minister für Verkehr und Straßensicherheit
Uzi Landau	Jisrael Beitenu	Minister für nationale Infrastruktur
Sofa Landwer	Jisrael Beitenu	Minister für die Integration der Einwanderer
Limor Livnat	Likud	Minister für Kultur und Sport
Jakov Margi	Schas	Minister für religiöse Dienstleistungen
Stas Miseschnikov	Jisrael Beitenu	Minister für Tourismus
Meschulam Nahari	Schas	Minister ohne Portefeuille
Jaakov Neeman	Parteilos	Justizminister
Jossi Peled	Likud	Minister ohne Portefeuille
Gideon Sa'ar	Likud	Bildungsminister
Schalom Simchon	Likud	Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Juval Steinitz	Likud	Finanzminister